

Berichte der
Schweizer Gesandschaft

1949

16. September 1949

Am 12. September trat die deutsche Bundesversammlung, welche aus den 402 Abgeordneten des Bundestages und 402 Delegierten der Länderparlamente besteht, zur Wahl des Bundespräsidenten zusammen. Die Wahl von Prof. Heuss¹ galt – zum mindesten für den dritten Wahlgang, wo das relative Mehr entscheidet – als gesichert, als knapp vor der Sitzung bekannt wurde, daß die Sozialdemokratie Dr. Schumacher² als Bundespräsidenten vorschlagen würde; in der Tat hatte die Kandidatur dieses im Rufe der Intransigenz stehenden Politikers kaum Aussichten, bei den anderen Parteien Stimmen zu gewinnen. Wenn die Parteien der Koalition geschlossen für Heuss gestimmt hätten, hätte er bereits im ersten Wahlgang mit sehr knapper Mehrheit gewählt werden können. Bezeichnend für das heterogene Gefüge der Koalitionsparteien war, daß es sich nicht als fest genug erwies: Es gab zwei Dutzend Enthaltungen in den eigenen Reihen, so daß die Entscheidung zugunsten Prof. Heuss' erst im zweiten Wahlgang fiel, als die Bayernpartei sich entschloß, Heuss ihr Votum zu geben. Dank diesem Sukkurs wurde Heuss mit einem schwachen Mehr von 13 Stimmen (416 von 804 Stimmen) zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

Die Stellung des Bundespräsidenten ist wesentlich verschieden vom Reichspräsidenten der Weimarer Republik. Während Ebert³ und Hindenburg⁴ die oberste politische Entscheidungsinstanz des Reiches bildeten, liegt jetzt das Schwergewicht auf dem Repräsentativen. Die Präsidialgewalt stand damals in Konkurrenz mit den dem Parlament zustehenden Gewalten und dominierte sogar in Zeiten des Staatsnotstandes. Gestützt auf die Erfahrungen des Jahres 1933 hat das Grundgesetz den Vorrang des Parlaments stärker fixiert. In der

¹ Heuss, Theodor (1884–1963), 1924–1928 und 1930–1933 MdR (DDP/Staatspartei), 1945/46 Kultusminister von Württemberg-Baden, 1946–1949 Vorsitzender der FDP in der amerikanischen Zone, 1948 Mitglied des Parlamentarischen Rats, 1949 Bundesvorsitzender der FDP, 1949–1959 Bundespräsident.

² Schumacher, Kurt (1895–1952), 1924–1931 MdL Württemberg, 1930–1933 MdR, dann Haft und KZ, seit 1946 Vorsitzender der SPD, seit 1949 MdB und Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

³ Ebert, Friedrich (1871–1925), seit 1912 MdR, seit 1913 im Parteivorstand der SPD, 1918 Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten, 1919–1925 erster Reichspräsident der Weimarer Republik.

⁴ Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von H. (1847–1934), Generalfeldmarschall, 1916 zusammen mit Ludendorff Übernahme der OHL, 1925–1934 Reichspräsident.

neuen Bundesrepublik wird es keine Präsidialregierung geben und auch kein Regieren auf der Grundlage eines Ermächtigungsgesetzes⁵, wie dies zur Zeit der Weimarer Verfassung so oft der Fall war.

Als Begleiter alt Bundesrats Calonder⁶ kam ich wiederholt mit Heussens Vorgängern, Reichspräsident Ebert und Hindenburg, zusammen. Welcher Kontrast zwischen der massiven Statur des Proletariersohnes bzw. des Feldmarschalls und der zerbrechlich wirkenden äußeren Erscheinung des Intellektuellen Heuss! Mit seiner schwächtigen Figur und seinem Kranz schneeweißer Haare wirkt der 65jährige bedeutend älter. Demokratie und Liberalismus – eine alte Tradition in der Familie Heuss – stecken dem neuen Bundespräsidenten im Blute. Sein Wirken als Hochschullehrer, Journalist und Politiker standen im Zeichen dieser Überlieferungen. Seine Herkunft aus Württemberg drückt sich nicht nur in seinem schwäbelnden Akzent aus, sondern vor allem in seinem natürlich-ungezwungenen Auftreten und Humor des Schwaben. Von tiefer Bildung, ist sein Geist auf Versöhnung, Verständigung und Ausgleich gerichtet. Im Parlamentarischen Rat hatte er sich immer wieder als Mann der ausgleichenden Mitte zwischen der Christlich Demokratischen Union und der Sozialdemokratie bewährt. Da diese Eigenschaften aus seinem Temperament fließen, werden sie ihm bei der Verwaltung seines Amtes jederzeit zur Seite stehen und ihn befähigen, die von der Verfassung ihm zugewiesene Aufgabe zu erfüllen. Die Bundesversammlung dürfte in Theodor Heuss den richtigen Mann gefunden haben.

Am Tag nach der Wahl gab der neue Bundespräsident einen Empfang in Godesberg. Ein kleiner Kreis von Gästen war geladen: die Hochkommissäre, die alliierten Gouverneure, die Ministerpräsidenten, die auswärtigen Vertreter, die Spitzen der parlamentarischen Fraktionen sowie die hohe Geistlichkeit. Die Gratulationscour wurde durch die drei Hochkommissäre McCloy⁷, Robertson⁸ und François-Poncet⁹ eröffnet. Die Glückwunschadresse sprach

⁵ Der Berichterstatter meint hier den Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung, den sogenannten „Notverordnungsparagraphen“. Zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung konnte der Reichspräsident, wenn die „öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet“ war, vorübergehend Grundrechte ganz oder teilweise außer Kraft setzen. Das am 24.3.1933 vom Reichstag verabschiedete „Ermächtigungsgesetz“, das die Gesetzgebung an die Regierung übertrug und den Reichstag zu einem bloßen Zustimmungsgesetz herabsetzte, ist in diesem Bericht nicht gemeint.

⁶ Calonder, Felix (1863–1952), Schweizer Politiker, 1913 Bundesrat, 1918 Bundespräsident, 1921–1937 Vorsitzender der deutsch-polnischen Kommission für die Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien.

⁷ McCloy, John Jay (geb. 1895), 1941–1945 Staatssekretär im US-Kriegsministerium, 1947–1949 Präsident der Weltbank, 1949–1952 Hoher Kommissar der USA für Deutschland.

⁸ Robertson, Sir Brian Hubert (1896–1974), brit. General, 1946/47 stellv. Militärgouverneur für die brit. Besatzungszone, 1947–1949 Militärgouverneur, 1949/50 Britischer Hoher Kommissar in der Bundesrepublik.

⁹ François-Poncet, André (1887–1978), 1931–1938 französischer Botschafter in Berlin,

François-Poncet im Namen der Hochkommissäre, der drei Regierungen und ihrer Staatseheführer. Dann kam die Reihe an die auswärtigen Vertreter. An der Spitze der ausländischen Gratulanten stand der Apostolische Visitator. Insgesamt hatte ein Dutzend Staaten sich vertreten lassen: nahezu alle westeuropäischen (mit Ausnahme Schwedens) und mehrere überseeische Länder (Australien, Argentinien, Venezuela, Indien). Rußland und seine Satelliten fehlten natürlich. Als die Reihe an mich kam und der Protokollchef mich vorstellen wollte, winkte Heuss lachend mit den Worten ab: „Wir kennen uns ja bereits“. Ich sprach ihm die Gratulationen des Bundesrates aus und insbesondere seine Wünsche für ein segensreiches Wirken zum Wohle seines Landes und Volkes. Heuss dankte sehr herzlich. Obwohl bloß ein Akt der Courtoisie, war er zweifellos dazu angetan, die gewünschten faktischen Beziehungen anzubahnen.

Der Bundespräsident ist mit sehr knappem Mehr gewählt worden. Die Hoffnung, daß die Wahl des ersten Bundespräsidenten auf breiterer Basis zustandekäme als die Koalitionsregierung, hat sich nicht erfüllt. Indessen ist zu hoffen, daß der Hader der Parteien über die Bundespräsidentschaft sich verflüchtigen wird dank der Eigenschaften der Neutralität und Gerechtigkeit, welche Heuss eigen zu sein scheinen.

25. November 1949

[. . .] Meine Eindrücke aus dieser bewegten Sitzung¹⁰ darf ich wie folgt zusammenfassen: Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer brachte in klarer Formulierung die Erfolge, die er auf dem Petersberg gehabt hat, zum Ausdruck, und seine Darlegungen waren nicht bloße, wahrscheinliche Hoffnungen seiner Besprechungen mit den alliierten Hohen Kommissaren. Trotz ihrer größten Angriffe konnte die Opposition die Stellung Adenauers nicht erschüttern. Der Bundeskanzler griff dreimal in die Debatte ein, und durch taktisches Geschick, und nicht zuletzt durch die Tatsache, daß die Gewerkschaft sich noch während der Sitzung sehr positiv in den großen Industriestädten auf Seite des Bundeskanzlers stellte bzw. zugunsten des Akommens geäußert hatte, konnte Dr. Adenauer jedesmal klare Erfolge erzielen. Die Nervosität der Sozialisten war umso größer als am Anfang der Sitzung die Argumentierung der Freunde Schuma-

2

1949–1955 französischer Hochkommissar bzw. Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland.

¹⁰ In der 18. Sitzung des Bundestags am 24. und 25. November hatte Adenauer eine Regierungserklärung über die Verhandlungen mit den Hohen Kommissaren abgegeben, an die sich eine lebhafte Aussprache anschloß. Schumacher, der wegen des Zurufs „Kanzler der Alliierten“ für 20 Tage von den Sitzungen des Bundestags ausgeschlossen wurde, hatte sich von Adenauer provoziert gefühlt, der das Nein der SPD zur deutschen Beteiligung an der Ruhrbehörde mit der Zustimmung zu weiteren Demontagen gleichgesetzt hatte. Deutscher Bundestag, Sten. Berichte, S. 449–527.

chers insofern von Seiten des Bundesjustizministers Dehler¹¹ erleichtert wurde, da dieser, wie bereits erwähnt, sehr ungeschickt versucht hatte, die Regierungsmeinung zu verteidigen. Dann kam der totale Umschwung, das Verwirren der Sozialisten, und am Ende die Ausdrücke Schumachers, die besser als irgend ein anderer Kommentar den Groll des Oppositionsführers gegen seinen erfolgreichen Gegner zum Ausdruck brachten. Der klare Sieg Adenauers ist doch nicht so zu bewerten, als ob er nur einen augenblicklichen Erfolg erzielt hätte. Die Opposition, die in ihrer Haltung jetzt einen äußerst anti-adenaurischen Kurs einschlägt, wird nicht imstande sein, den Kanzler zum Fall zu bringen, da selbst zwei Oppositionsparteien für die Annahme der Zielsetzung der Politik Adenauer gestimmt haben.

Doch wird die Aufgabe Adenauers auf innerpolitischem und ausserpolitischem Gebiet nicht erleichtert: Die Sozialdemokraten haben mehr denn je à tout prix ihre Haltung gegen die Regierung kundgegeben. Sie spekulieren auf eventuelle Rückschläge der Außenpolitik Adenauers, Rückschläge bei den nächsten Landtagswahlen und überhaupt den Bundeswahlen 1953, die der Opposition zugute kommen könnten.

Die ganze Debatte zeigte einmal mehr, daß alle Abgeordneten sich der Tatsache bewußt sind, daß Adenauer der einzige Mann ist, der jetzt regieren kann. Die Majorität bewies es, indem sie seine Politik unterstützte; die Sozialdemokraten, indem sie trotz ihres Mißtrauensantrags keinen Mann vorgeschlagen haben, der laut dem Grundgesetz sich gegen den Kanzler hätte aufstellen lassen können.

7. Dezember 1949

- 3 Der Streitfall zwischen dem Bundeskanzler Dr. Adenauer und dem Führer der sozialdemokratischen Partei, Dr. Schumacher, ist zwar wieder beigelegt worden, wirkt aber sowohl im Bonner Bundeshaus wie in der deutschen Bevölkerung stark nach. Am bedenklichsten für die Sozialdemokratie ist der Gegensatz in den eigenen Reihen, der sich im Anschluß an die Fehde zwischen Adenauer und Schumacher erst mit aller Deutlichkeit gezeigt hat. Mehrere SPD-Abgeordneten haben ganz offen ihr Mißfallen über die Haltung des Parteivorsitzenden geäußert. Es war dabei weniger der unglückliche Zuruf „Kanzler der Alliierten“, der zu einer nur mühsam verhinderten offenen Meuterei führte, als die aufgespeicherte Mißstimmung über die diktatorischen und vor allem die nationalistischen Neigungen Dr. Schumachers. Dieser ist zweifellos ein gewandter und schlagfertiger Redner, aber als Westpreuße und Schwerkörperbehinderter ist er gleichzeitig ein fanatischer Besserwisser, der innerhalb seiner

¹¹ Dehler, Thomas (1897–1967), Rechtsanwalt, bis 1933 Mitglied der DDP, dann in einer liberalen Widerstandsgruppe tätig und verhaftet, 1945 Landrat, 1946 Generalstaatsanwalt, 1947 Oberlandesgerichtspräsident in Bamberg, FDP-Landesvorsitzender in Bayern, 1949–1967 MdB, 1949–1953 Bundesjustizminister, 1954–1957 FDP-Vorsitzender.

Partei keine andere Meinung gelten läßt. Man muß ihn einmal in einer Bundestagssitzung beobachten, wie er seine Fraktion geradezu dirigiert. Er winkt den einzelnen Abgeordneten zu, damit sie sich zu Wort melden sollen, äußerst unverhohlen sein Mißfallen, falls einer der sozialdemokratischen Redner etwas sagt, was ihm nicht gefällt, und gibt sogar Zeichen, wenn ein Redner seiner Partei Schluß machen soll. Man kann sich leicht denken, daß nicht alle Abgeordneten der SPD mit dieser Bevormundung einverstanden sind.

Daß Dr. Schumacher bisher diese Diktatur ausüben konnte, liegt nicht zuletzt an dem Mangel fähiger Persönlichkeiten innerhalb der SPD. Bei den anderen Parteien liegen die Dinge zwar nur um einige Grade besser, aber als Regierungsparteien (bis auf einige kleine Gruppen) stehen sie praktisch unter der Führerschaft Dr. Adenauers, der wirklich großen politischen Figur des Bonner Bundestages. In der Sozialdemokratie ist die einzige populäre Persönlichkeit Professor Carlo Schmid¹². Er ist ein guter Redner, witzig, gebildet, aber kein Politiker von Format. Auch ist er im Grunde kein Sozialist. Er wurde aus politischem Ehrgeiz im Jahre 1946 Mitglied der SPD, da er glaubte, die SPD werde die beherrschende Partei in Deutschland werden. Die echten Sozialdemokraten trauen diesem Neuling in ihrer Reihe nicht recht, weil sie ihn für einen Linksliberalen halten. Neben Schumacher und Carlo Schmid hat die Partei nur Funktionäre, Redaktoren und ein paar Verwaltungsfachleute, aber keinen einzigen Politiker, der für den Durchschnittsdeutschen ein Begriff wäre.

Die deutsche Öffentlichkeit hat das Verhalten Dr. Schumachers sehr kritisch aufgenommen. Die Sitzung, in der der Zwischenruf des sozialdemokratischen Parteiführers gefallen war, wurde durch den Rundfunk übertragen, so daß auch der einfache Mann den aggressiven Ton Schumachers feststellen konnte. Man hätte sicherlich darüber hinweggesehen, wenn er sich später entschuldigt hätte. Aber die Hartnäckigkeit, mit der er zunächst jede Versöhnung ablehnte, und vor allem seine offene Drohung, die Straße gegen Adenauer zu mobilisieren, haben einen denkbar schlechten Eindruck hinterlassen. Schon ein paar Tage darauf hat die SPD in Essen bei der Oberbürgermeisterwahl die Quittung erhalten. In Essen war diese Wahl notwendig geworden, weil in der Stadtvertretung 25 Stadträte für den Kandidaten der CDU und 25 Stadträte für den SPD-Kandidaten stimmten und nach einem neuen Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen bei Stimmengleichheit nicht mehr das Los entscheidet, sondern die Bürgerschaft den Oberbürgermeister wählen muß. Der Kandidat der CDU, Hans Toussaint¹³, erhielt 115416 Stimmen, sein SPD-Gegenkandidat

¹² Schmid, Carlo (1897–1979), 1949–1953 Professor für Völkerrecht in Tübingen, 1953–1964 Professor für politische Wissenschaft in Frankfurt/M., seit 1945 SPD, 1946–1947 Präsident des Staatssekretariats Württemberg-Hohenzollern, 1947–1948 stellv. Staatspräsident, 1947–1950 Justizminister, 1948–1949 Mitglied des Parlamentarischen Rats, 1949–1972 MdB.

¹³ Toussaint, Hans (1902–1977), 1947–1958 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1949–1956 Oberbürgermeister von Essen, 1957–1965 MdB.

aber nur 54551 Stimmen. Der Wahlausgang war, worüber man sich auch in den Kreisen der SPD völlig klar ist, eine Folge der Bonner Vorkommnisse. Demnächst wird eine ähnliche Wahl auch in Köln, wo sich 22 zu 22 Stimmen im Stadtrat gegenüberstehen, notwendig werden, und es kann schon jetzt mit Bestimmtheit gesagt werden, daß der CDU-Kandidat, Dr. Ernst Schwering¹⁴, mit großer Stimmenmehrheit gewählt wird. Mit Recht wirft man Dr. Schumacher vor, kein Demokrat zu sein und die Demokratie, die in Deutschland besonders pfleglich behandelt werden muß, immer von neuem in Gefahr zu bringen.

Zum Hauptgespräch in der deutschen Bevölkerung ist in den letzten Tagen die Frage einer Remilitarisierung Westdeutschlands geworden: Die überwiegende Mehrheit der Deutschen lehnt heute jedes Soldatenspielen ab. Ganz einhellig aber will man kein Landsknechtstum, wie es offenbar von amerikanischer Seite gewünscht wird. Dr. Adenauer hatte zwar jüngst von einem deutschen Kontingent in einer europäischen Streitmacht gesprochen, falls die Alliierten dies verlangen sollten, ist aber von dieser Äußerung wieder ein Stück abgerückt, indem er diesen Fall als hypothetisch und noch in weiter Ferne liegend bezeichnete. Wenn die Alliierten aber einmal die deutsche Mitwirkung bei der Sicherung Westeuropas fordern sollten, so ließ Adenauer durch einen Regierungssprecher erklären, dann könne die Aufstellung eines deutschen Kontingents nur in der Form geschehen, wie sie in den westlichen Demokratien üblich sei. Eine Aufstellung deutscher Freiwilligenverbände lehnte der Bundeskanzler ab, weil diese „nur den Wert von Söldnern und Landsknechtshaufen“ hätten. Diese Erklärungen Adenauers geben genau die Auffassung breiter deutscher Kreise wieder und sind im Grunde nur eine Wiedergabe der deutschen Reaktion auf die Fühler, die der Bundeskanzler vor einigen Wochen durch Interviews ausgestreckt hatte, deren Wiedergabe in der Presse er jetzt nachträglich als „irreführend“ hinstellt. Eine eigene Armee wird Deutschland auf längere Zeit hinaus mit eigenen Kriegswaffen nicht aufstellen können. Eine deutsche Aufrüstung könnte nur mit amerikanischen Waffen vorgenommen werden. Daß die Amerikaner eine Remilitarisierung Westdeutschlands wünschen, steht außer Zweifel. Ob sie sie in Kürze amtlich vorschlagen werden, hängt davon ab, wann sie den Widerstand vor allem der Franzosen in dieser Frage beseitigen können. Eins aber ist sicher: eine Bewaffnung Deutschlands würde mit einem Schlag die gesamteuropäische Situation von Grund auf verändern.

19. Dezember 1949

- 4 Mit dem Empfang der Leiter der in Westdeutschland tätigen diplomatischen Missionen bei der alliierten Kommission auf dem Petersberg hat ein neues Ka-

¹⁴ Schwering, Ernst (1886–1962), 1924–1933 Vorstandsmitglied der Zentrumspartei in Köln, 1948–1956 Oberbürgermeister von Köln, 1950–1962 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU).

pitel in der Geschichte der westdeutschen Bundesrepublik begonnen. Die zwölf ausländischen Missionen sind zwar bei der alliierten Kommission akkreditiert, aber die Beziehungen zur Bundesregierung können informell ohne Beanspruchung des alliierten Sekretariates geführt werden. Man erwartet, daß diese informelle Fühlungnahme sehr bald über wirtschaftliche Fragen hinaus sich auf das politische Gebiet erstrecken wird. Bundespräsident Heuss und Bundeskanzler Adenauer hatten es übrigens ausdrücklich abgelehnt, einer diplomatischen Handlung beizuwohnen, die nicht zu den Hoheitsrechten der Bundesrepublik gehört.

Der Bundeskanzler Dr. Adenauer hatte in diesen Tagen die Liebenswürdigkeit, mich zu einer einstündigen Unterredung zu empfangen. Er dankte mir in warmen Worten, wobei er meine beiden Hände ergriff, für die treue Freundschaft, die ich ihm in drei Jahrzehnten und auch in den schweren Tagen des Nazi-Regimes bewahrt hätte und die er mir nie vergessen werde. Ich könne seiner ehrlichen Freundschaft stets gewiß sein, und er betonte, daß er jedesmal, wenn er die Schweiz besuche, mein Gast sein werde. Er versprach mir, unsere Freundschaft auch auf meine Heimat zu übertragen. Zu meiner größten Überraschung erhielt ich einen Tag nach meinem Besuch von Herrn Adenauer ein kostbares Geschenk in Form einer großen silbernen Schale. Mit eigener eingravierter Schrift erinnerte er in der Widmung an die verschiedenen Etappen unserer 30jährigen Freundschaft: Köln, Rhöndorf, Godesberg, Bonn, Köln. Adenauers Liebe zu der Schweiz wird sich, dessen bin ich gewiß, auf die Tätigkeit des Herrn Ministers Huber günstig auswirken. Nur ganz selten dürfte ein ausländischer Vertreter in einem so engen Vertrauens- und Freundschaftsverhältnis zu dem leitenden Staatsmann eines fremden Landes gestanden haben, wie ich zu dem Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer. Ich hoffe, diese so engen Beziehungen auch nach Erreichung der Altersgrenze noch lange zum Wohle meiner Heimat nutzen zu können. Dr. Adenauer bat mich, auf jeder Reise, die mich später wieder nach Deutschland brächte, unbedingt sein Gast zu sein.

Auch mit dem Kölner Erzbischof, Kardinal Dr. Frings¹⁵, hatte ich eine mehr als einstündige Unterredung, bei der er mir gegenüber die freundschaftlichsten Gefühle zum Ausdruck brachte. Ganz spontan kündigte er mir seinen Besuch in der Schweiz an, sobald ich nach dort übergesiedelt sei. Es ist bekannt, daß Kardinal Dr. Frings ein aufrechter Freund unserer Heimat ist, und ich darf mir schmeicheln, daß diese Liebe des höchsten deutschen Kirchenfürsten zur Schweiz durch meine enge Verbindung zu ihm und zu seinem hochseligen Vorgänger, Kardinal Dr. Schulte, mindestens stark vertieft worden ist.

Sie werden sich aus meinen früheren Berichten vielleicht erinnern, daß auf den beiden letzten Bundesfeiertagen Dr. Ernst Schwering als Vertreter Kölns unseren Landsleuten die Grüße dieser Stadt überbrachte. Dr. Schwering ist jetzt wieder Oberbürgermeister der Stadt Köln geworden. In ihm besitzt die

¹⁵ Frings, Joseph (1887–1978), Kardinal, 1942–1969 Erzbischof von Köln.

Schweiz ebenfalls einen ausgesprochenen Freund. Er ist darüber hinaus ein genauer Kenner der Geschichte und der politischen Einrichtungen unserer Heimat, über die er längere wissenschaftliche Abhandlungen geschrieben hat. Mit Herrn Oberbürgermeister Dr. Schwering verbindet mich gleichfalls eine sich über drei Jahrzehnte erstreckende Freundschaft. Dr. Ernst Schwering war bis 1933 einer der engsten Mitarbeiter Dr. Adenauers, und da er Mitglied des Bundestages ist, steht zu erwarten, daß seine politische Laufbahn noch keineswegs abgeschlossen ist. Ich bin überzeugt, daß alle diese Beziehungen, die sich in dem deutsch-schweizerischen Verhältnis schon sehr fruchtbringend ausgewirkt haben, auch nach meinem Weggang von hier nicht abreißen werden, und daß ich auch in nichtamtlicher Eigenschaft unserer Heimat eben über die Freundschaft mit so maßgebenden deutschen Persönlichkeiten wertvolle Dienste leisten kann.

Es ist zu hoffen, daß der neue Leiter der schweizerischen Mission von meiner dreißigjährigen Tätigkeit in Köln und meinen vielen Freundschaften und engen Beziehungen zu – ich kann wohl sagen – allen maßgebenden Männern und Frauen des hiesigen öffentlichen Lebens entsprechenden Nutzen ziehen wird. Was im Rahmen meiner Kräfte steht, werde ich, solange ich hier bleibe, tun, um Herrn Minister Huber überall einzuführen und ihm auch die Wege zu ebnen, die für denjenigen, der mit dem Genius loci noch nicht eng vertraut sein kann, schwer zugänglich sind. Ich habe ihm in dieser Hinsicht, wie ich hoffe, schon wertvolle Dienste geleistet und werde mich auch weiterhin bemühen, unserer Mission, wenn möglich, zu einer bevorzugten Stellung zu verhelfen.

20. Dezember 1949

- 5 Die schweizerische diplomatische Mission bei der Alliierten Hohen Kommission in Deutschland ist am 15. Dezember durch Überreichung meines Beglaubigungsschreibens ins Leben getreten. Der feierliche Akt der Akkreditierung der 12 ausländischen Missionen war in mehrfacher Hinsicht ohne Präzedenzfall in der Geschichte. Entsprechend dem Besetzungsstatut, das die Führung der Außenpolitik den Besetzungsmächten vorbehält, fand die Akkreditierung der in Deutschland tätigen Missionen nicht beim Bundespräsidenten in der Bundeshauptstadt statt, sondern auf dem Petersberg, dem Sitz der Hohen Kommission in Abwesenheit aller deutschen Vertreter. Ein Unikum war auch, daß die Missionsschefs gleichzeitig ihre Beglaubigungsschreiben überreichten. Von den Ländern hinter dem eisernen Vorhang erschien selbstverständlich kein Vertreter. Dagegen waren nahezu alle europäischen Staaten außerhalb des russischen Einflußbereiches vertreten mit Ausnahme von Norwegen, Portugal und Irland. Sehr beachtet war, daß der Vatikan nicht vertreten war.

Was den Charakter der Missionsschefs anbetrifft, so ist die Mehrzahl (Belgien, Dänemark, Griechenland, Luxemburg, Spanien, Italien und die Schweiz) durch Minister vertreten; nur die Staaten des britischen Common-

wealth Kanada, Südafrika und Indien entsandten Generäle. Doyen der Missionschefs ist der Kanadier General Lt. Pope, der gleichzeitig auch Doyen der Militärmission in Berlin ist. Die Schweiz steht nach der *ordre de préséance* an 10. Stelle. Niemand kann uns somit vorwerfen, daß wir verfrüht vorprellten.

Das Zeremoniell des Beglaubigungsaktes war einfach, aber würdig. Eine Ehrenkompanie, bestehend aus einem amerikanischen, britischen und französischen Kontingent, erwies bei Ankunft und Abfahrt die militärischen Ehren. Die Vorstellung der Missionschefs erfolgte durch den Doyen. Dieser hielt eine kurze Ansprache, auf die Botschafter François-Poncet antwortete. Da Frankreich in diesem Monat den Vorsitz in der Hohen Kommission führt, wurden die Ansprachen in französischer Sprache gehalten. Anschließend an den diplomatischen Akt fand ein Frühstück statt. Bei diesem hatte ich eine interessante Unterhaltung mit dem amerikanischen Hochkommissar McCloy.

Das Gespräch kam auf das Interesse Amerikas für Kapitalinvestitionen in Deutschland. McCloy meinte, daß die Haltung der Schweiz für allfällige amerikanische Kreditgeber von großer Bedeutung sein könne. Wenn die Schweizer Banken, die in Amerika wegen ihrer objektiven und konservativen Kreditpolitik hohes Ansehen genießen, sich für Kredite in Deutschland interessieren würden, dann würde dies sehr stimulierend auf amerikanische Geldgeber wirken. Ich erwiderte ihm, daß eine Kreditgewährung seitens schweizerischer Geldgeber nur in Frage kommt, wenn eine Regelung der deutschen Altverschuldung zustande käme. Dies sei die *conditio sine qua non*. Dagegen sei meines Erachtens dieses Problem praktisch durchaus lösbar. Die Summen und Zahlen, die in Frage kommen, seien nicht von astronomischer Größenordnung, sondern bewegten sich auf einer zugänglichen Ebene. Der wiederauflebende Handelsverkehr schaffe Gegebenheiten, in deren Rahmen Lösungen sich finden ließen. Man müßte die Bankiers zunächst einmal unter sich reden lassen.

McCloy sagte mir, er beabsichtige im Laufe der nächsten Monate seine Frau in die Schweiz zu begleiten und es würde ihn freuen, mit seinen alten Freunden und Bekannten sich auszusprechen und von der schweizerischen Warte auf die europäischen Verhältnisse zu sehen. Ich encouragierte ihn kräftig in seiner Absicht und stellte mich mit Vergnügen der Ausführung seiner Pläne zur Verfügung.

McCloy sprach dann von den Sorgen, die ihm augenblicklich die von Westdeutschland im Zeichen der Liberalisierung des Handels geschlossenen Abkommen bereiteten. Sie hätten in den letzten Monaten ein Defizit von 80 Millionen Dollars ergeben. Ich wies sofort darauf hin, daß der Warenaustausch mit der Schweiz im Gleichgewicht sei und daß unser Land wegen der Politik seiner offenen Tür der prädestinierte Partner für einen von staatlicher Kontrolle befreiten Handelsverkehr sei. McCloy pflichtete auch meiner weiteren Bemerkung zu, daß die „*liberalisation of commerce*“ die Formel für den Aufbau Europas sei und daß die Ausdehnung des intereuropäischen Handels von größ-

ter Bedeutung, nicht nur für dessen wirtschaftliche, sondern moralische und politische Gesundung sei. Ich unterstrich die große Bedeutung, unserem Handelsabkommen, welches bahnbrechend in der Richtung der Befreiung des Handels sei, zu einem sichtbaren Erfolg zu verhelfen.

In einem vorsichtig geführten Gespräch mit dem Generalsekretär und dem Protokollchef brachte ich die für uns so wichtige Frage der Einführung der Missionschefs bei der deutschen Regierung zur Sprache. Es wurde mir eine Mitteilung in Aussicht gestellt. Nach erfolgter Akkreditierung, erklärte François-Poncet, es sei für Anfang Januar eine Vorstellung der Missionsschefs bei Bundespräsident Heuss und Bundeskanzler Adenauer vorgesehen. Damit ist die Bahn zur Kontaktnahme mit der deutschen Regierung geöffnet und eine heikle, aber wichtige Frage vor ihrer Lösung.